

Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Sozialausschuss

---

Es informiert Sie:	Britta Röschmann
Telefon:	02104/99-2162
Fax:	02104/99-5173
E-Mail:	britta.roeschmann@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 20.03.2017

**Niederschrift**

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 06.03.2017, 15:07 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

**Vorsitz**

Elke Thiele

**Mitglieder**

Eleonore Altvater

Ines Bartelheimer

Wolfgang Diedrich

Sandra Ernst

Michael Esser

Karl-Heinz Göbel

Martina Hannewald

Dirk Kapell

Max Kompalik

Ilona Kuchler

Reinhard Ockel

Dr. Anna-Tina Pannes

Stephan Schnitzler

Norbert Schreier

Margret Stolz

Bernd Tondorf

**Verwaltung**

Marion Bayan

Sabine Bretschneider

Lars Bruß

Arlin Cakal-Rasch

Birgit Jommersbach

Jürgen Lenz  
Thomas Müller  
Martin M. Richter  
Britta Röschmann  
Anja Straeten  
Thomas Tauscher

### **Gäste**

Martina Würker

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
  - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2016
3. Informationen der Verwaltung
4. Demografiebericht / Umfrage Aktives Altern 50/011/2017
5. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv
6. Bericht zum Programm zur Förderung von Arbeitsverhältnissen 50/012/2017
7. Programm ALTERnativen 60plus
  - 7.1. Programm ALTERnativen 60plus - Jahresbericht Demenz 2016 50/001/2017
  - 7.2. Programm ALTERnativen 60plus - Weiterentwicklung der Seniorenbegegnungsstätten 50/002/2017
  - 7.3. Programm ALTERnativen 60plus - Entwicklungen in den Handlungsfeldern 50/003/2017
8. Bericht über die Vereinbarungen mit der freien Wohlfahrts-  
pflege- allgemeiner Sachstand 50/005/2017
9. Kreisintegrationszentrum

- |  |             |
|--|-------------|
| 9.1. Förderprogramm KOMM-AN NRW  | 50/010/2017 |
| 9.2. Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW - Ausbau der kommunalen Integrationszentren  | 50/009/2017 |
| 9.3. Förderaufruf des MFKJKS: Präventives Handeln vor Ort stärken – Kommunales Förderprogramm zur Rechtsextremismus- und Rassismusprävention | 50/007/2017 |
| 9.4. Aktuelle Veranstaltungen und Publikationen des Kreisintegrationszentrums Mettmann   | 50/008/2017 |
| 10. Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses<br>- Berichtszeitraum 01.01.-31.12.2016                               | 50/006/2017 |
| 11. Nachträge  |             |

### **Nicht öffentlicher Teil**

12. Informationen der Verwaltung
13. Nachträge

### **Öffentlicher Teil**

<b>Zu Punkt 1:        Formalien                          - Vorlage Nr.</b>
--

Die Vorsitzende KA Thiele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest.  
Ein Berichterstatter für den Kreistag ist nicht zu benennen.

<b>Zu Punkt 2:        Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2016                          - Vorlage Nr.</b>
--

Die Niederschrift vom 17.11.2016 wird einstimmig genehmigt.

<b>Zu Punkt 3:        Informationen der Verwaltung                          - Vorlage Nr.</b>
---

Förderaufruf EU-Südosteuropa:  
Herr Richter stellt den Förderaufruf EU-Südosteuropa vor. Am 28.12.2016 wurde eine Landesförderung zur Unterstützung der Integration von Zuwanderern aus EU-Südosteuropa veröffentlicht. Es wurden nur Kommunen berücksichtigt, die einen mindestens 50% über dem Landesdurchschnitt liegenden Anteil von Personen aus den sog. EU-11-Mitgliedsstaaten aufweisen und Leistungen nach dem SGB II erhalten. Zehn Regionen, darunter zwei Kreise (Rhein-Erft Kreis und Kreis Mettmann) und acht kreisfreie Städte können gefördert werden. Der Kreis Mettmann erhält die Förderung aufgrund der hohen Anzahl an zugewanderten Rumänen und Bulgaren in der Stadt Velbert.

Die Förderdauer beträgt maximal drei Jahre (Ende 31.12.2019), pro Jahr werden bis zu 250.000 € Fördergelder vergeben.

Die Sozialdezernenten der kreisangehörigen Städte wurden am 13.01.2017 informiert und konkret um Bekundung eines etwaigen Interesses gebeten. Mitte Januar erfolgten erste Gespräche mit der Stadt Velbert. Diese bekundete ihrerseits Interesse am 23.01.2017 gegenüber dem Kreis Mettmann, welcher den Antrag fristgerecht stellte. Die weiteren ka Städte meldeten keinen Bedarf an. Der Kreis behält sich vor, einen Eigenanteil in noch nicht bekannter Höhe zu behalten.

Zusätzlicher Hinweis:

Am 17.02.2017 fand ein Argumentationstraining gegen rechte Parolen statt. Dieses wird am 22.09.2017 wiederholt. Die Mitglieder des Sozialausschusses können (auch) an diesem Termin teilnehmen.

**Zu Punkt 4: Demografiebericht / Umfrage Aktives Altern  
- Vorlage Nr. 50/011/2017**

Herr Richter erläutert die Vorlage.

Herr Lenz trägt die als Anhang beigefügte PowerPoint Präsentation zur Umfrage „Generation 55plus: Lebensqualität und Zukunftsplanung“, insbesondere im Bezug auf die Methodik und die Sozialstruktur der Teilnehmenden, vor und weist auf die Veröffentlichungen hierzu, u.a. im Rahmen des Demografieberichtes, hin. Diese sind auch im Kreistagsinformationssystem eingestellt und können bei Bedarf bei der Geschäftsführung des Sozialausschusses, 02104 99 2162 oder [gf-soza@kreis-mettmann.de](mailto:gf-soza@kreis-mettmann.de) in gedruckter Form angefordert werden. Des Weiteren können die Ergebnisse der Umfrage auf der Internetseite des Kreises Mettmann über die Reiter Kreis & Politik – Kreis & Städte – Statistische Daten abgerufen werden:

<https://asduva3.kreis-mettmann.de/Informationsportal/>.

The screenshot shows the 'Informationsportal' interface. On the left, there is a 'Textfilter' section with a search bar and a tree view of categories. The main area displays a table with 59 entries. The table has columns for 'Bezeichnung', 'Raum', 'Zeit', and 'Datenquelle'. The entries include 'Demografiebericht', 'Ausgewählte Befragungsergebnisse', 'Bedarf und Bedarfsdeckung nach aktivierenden Angeboten', and various 'Ergänzungsbericht' and 'Fragebogen' documents for different municipalities like Stadt Mettmann, Stadt Langenfeld, Stadt Wülfrath, Stadt Haan, Stadt Velbert, Stadt Erkrath, Stadt Ratingen, and Stadt Heiligenhaus. At the bottom, there are icons for 'Excel-Dateli (xlsx)', 'Grafik', 'Interaktive Karte', and 'PDF'.

KA Hannewald erkundigt sich, ob eine Differenzierung zwischen verschiedenen Einkünften vorgenommen wurde. Herr Lenz verneint dies. Einkünfte, Rente und Kapital seien zusammen betrachtet worden.

KA Kuchler fragt, ob eine differenziertere Auswertung nach Altersgruppen erfolgen könnte. Dies bejaht Herr Lenz.

Bezogen auf den Sozialbereich stellt Herr Müller kurz erste Ergebnisse und Entwicklungen der Umfrage im Bezug auf den Pflegebereich vor, die auch in der entsprechenden Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt dargestellt sind.

<b>Zu Punkt 5:            Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv                                  - Vorlage Nr.</b>
---

Frau Würker erläutert das Datenblatt.

Sie weist insbesondere auf den Rückgang der Langzeitleistungsbezieher (mind. 21 Monate und länger im Leistungsbezug) hin. Die Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr tatsächlich reduziert.

KA Stolz fragt nach, ob hier ein Renteneintritt oder eine Vermittlung in Beschäftigung stattfand.

Frau Würker antwortet, dass sowohl Renteneintritte als auch die Aufnahme von Beschäftigten erfolgten.

Sie fährt fort, dass seit Oktober die Zahl der anerkannten Geflüchteten im Integration Point zunahm. Zuvor stellten ca.100 Personen/Monat einen Antrag auf Leistungen, seit Oktober sind es 400 Personen/Monat. Dies ist auf die schnellere Anerkennung des BAMF zurückzuführen.

Herr Esser ergänzt, dass sich der Runde Tisch Arbeitsmarktintegration Flüchtlinge einen Überblick über die jüngeren Geflüchteten, welche auf den Arbeitsmarkt strömen, verschaffen möchte. Es müsse überlegt werden, ob es für diesen Personenkreis eine neue Form der Ausbildung geben kann.

Frau Würker berichtet ferner, dass bei den Personen unter 25 Jahren die übliche saisonale Entwicklung zu berücksichtigen ist. Im Februar enden Ausbildungen und die Berufstätigkeit beginnt. Sie bemerkt, dass das Projekt Joboffensive U25 erfolgreich ist, rund 50% der Teilnehmer können in Arbeit integriert werden.

An fünf Standorten im Kreis Mettmann werden die Nachfolgeprojekte von „Achtung! Fertig! Los!“ von zertifizierten Trägern durchgeführt. Es richtet sich insbesondere an psychisch beeinträchtigte Menschen unter 25 Jahren. Obwohl die Projekte erfolgreich laufen, muss nach derzeitiger Planung ein Standort aus finanziellen Gründen eingestellt werden. Eine Kompensation auf die anderen Standorte ist geplant. Eine nachgehende Betreuung gem. § 16 h SGB II ist weiter vorgesehen.

Herr Esser ergänzt, dass die Wohlfahrtsverbände mit dem Jobcenter bzgl. AGH-Stellen im Gespräch sind. Dieses Jahr können nur etwa 280 der ehemals knapp 400 Arbeitsgelegenheiten vom Jobcenter finanziert werden. Dies erschwert es, Menschen wieder in Strukturen zu bringen.

KA Kuchler erkundigt sich, wie viele Mittel für die knapp 400 Stellen notwendig sind. Frau Würker wird dies in der Meinungsbildungskonferenz erläutern. Nächstes Jahr ist geplant, wieder rund 400 Arbeitsgelegenheiten zu finanzieren.

KA Pannes erkundigt sich, ob einmalig Zahlen zur Dauer der Arbeitslosigkeit von Älteren ALG I und ALG II-Beziehern dargestellt werden könnten. Frau Würker wird das erstellen lassen.

Am Stichtag 31.12.2016 arbeiteten 485 Mitarbeiter im Jobcenter. Zurzeit laufen Entfristungsgespräche. Dieses Jahr kann durch ausreichende Planstellen die Anzahl der befristeten Arbeitsverhältnisse auf 11-12% sinken. Planstellen werden nur noch für die Abwanderung kommunalen Personals beantragt. Gleichzeitig ist die Fluktuation weiterhin hoch. Im letzten Quartal betrug die Gesundheitsquote rund 90%.

Das Jobcenter hat die avisierten Haushaltsmittel für 2017 erhalten, sodass die geplanten Maßnahmen durchgeführt werden können. Die erhofften zusätzlichen Haushaltsmittel sind ausgeblieben.

KA Kuchler bemerkt, dass die Zahl der Widersprüche weiter steigt. Sie erkundigt sich, ob die Stellen besetzt seien.

Frau Würker berichtet, dass allein im Januar 600 neue Widersprüche eingingen. Anfang Dezember und Anfang März wurden bzw. werden zwei neue Mitarbeiter, beides Juristen, in der Widerspruchsstelle eingesetzt. Diese werden sich schnell in das Themenfeld einarbeiten. Zudem wurde ab Januar ein „Rückstandstag“ eingeführt.

<b>Zu Punkt 6: Bericht zum Programm zur Förderung von Arbeitsverhältnissen - Vorlage Nr. 50/012/2017</b>
--

Herr Richter erläutert die Vorlage. Er hebt hervor, dass die Förderung von Arbeitsverhältnissen erfolgreich sei, im Jahr 2017 jedoch keine neuen Stellen geschaffen werden.

KA Kuchler erkundigt sich, über welche Zeit die Arbeitsverträge geschlossen wurden.

Herr Haase antwortet, dass eine Beschäftigung in der Regel für zwei Jahre erfolgt. Einzelne Verträge werden verlängert.

<b>Zu Punkt 7.1: Programm ALTERnativen 60plus - Jahresbericht Demenz 2016 - Vorlage Nr. 50/001/2017</b>
---

Herr Richter erläutert die Vorlage. Die Berichterstattung erfolgt einmal jährlich.

KA Kuchler bedankt sich. Sie begrüßt insbesondere den Vortrag in türkischer Sprache in Monheim. Sie fragt, wie sich die Anzahl junger Menschen, die an Demenz erkranken, entwickelt und erkundigt sich nach dem Umgang mit Betroffenen.

Herr Esser antwortet, dass die Liga der Wohlfahrtsverbände ein Modellprojekt startet und die Bedarfe jüngerer Menschen prüft. In zwei bis drei Jahren werden mehr Erkenntnisse erwartet.

KA Stolz hat ebenfalls lobende Worte für die Vorlage. Des Weiteren wird gefragt, ob und wie die Mehrleistungen, welche es seit 01.01.2017 gibt, an die betroffenen Bürger und Bürgerinnen vermittelt werden.

Herr Richter antwortet, der Bedarf nehme nicht ab. Seit Januar gilt die Verordnung über die Anerkennung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag und Förderung der Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur in Nordrhein-Westfalen (AnföVO). Der Kreis ist nunmehr zuständig für die Anerkennung der Angebote der Unterstützung im Alltag. Nur mit der Anerkennung können die Aufwendungen von der Pflegekasse übernommen werden. Im Bereich ALTERnativen 60plus erfolgt die Prüfung und Anerkennung der Anträge. Hier wurde das Perso-

nal um eine Vollzeitstelle aufgestockt, die vollständige Refinanzierung soll über Gebühren erfolgen.

KA Tondorf bedankt sich und stellt heraus, dass der Kreis nicht nur die gegenwärtige, sondern auch zukünftige Problematik sieht. Die Verwaltung wird den Ausschuss aber immer auf dem aktuellen Stand halten.

**Zu Punkt 7.2: Programm ALTERnativen 60plus**  
**- Weiterentwicklung der Seniorenbegegnungsstätten**  
**- Vorlage Nr. 50/002/2017**

Herr Richter erläutert die Vorlage. Der Sozialausschuss wird weiter über die Tätigkeiten und Entwicklungen in dem Bereich der Demenzarbeit jährlich unterrichtet.

KA Tondorf bedankt sich für die Vorlage und begrüßt die besondere Betrachtung der Arbeitsqualität. Anhand dieser lässt sich die Sachlage sehr gut beurteilen.

KA Schnitzler bedankt sich ebenfalls für die gute Vorlage, ist aber zwiegespalten. Er bezweifelt, dass die Seniorenbegegnungsstätten so genug finanzielle Sicherheit hätten. Dies führe zu befristeten Arbeitsverhältnissen. Er fordert mehr Verlässlichkeit des Kreises für die Träger und bittet die Verwaltung um eine tabellarische, einrichtungsscharfe Übersicht zu den Auswirkungen der einzelnen Förderungsmaßnahmen.

Herr Richter sichert die Erstellung einer solchen Übersicht zu.

*Anmerkung: Die Übersicht wird als nicht öffentliche Anlage angefügt, zumal den Seniorenbegegnungsstätten untereinander die Zielvereinbarung und deren Erreichen wechselseitig nicht kommuniziert ist.*

KA Schnitzler bemängelt, dass der Sozialausschuss die Auswirkungen 2018 nicht in Frage stellen kann und hinterfragt die Kenntnisnahme. KA Schnitzler sieht in dem Teil der Vorlage Ausblick 2018 den Versuch der Verwaltung, bereits jetzt schon die Weichen zu stellen, den Richtlinien der Förderung der Seniorenbegegnungsstätten vorab einer Zustimmung abzufordern. Er bemängelt die fehlende Transparenz und die fehlende Einbindung in die Entwicklungsprozesse.

Herr Richter stellt auf diese Annahme von KA Schnitzler richtig, die Absicht der Verwaltung war hier lediglich die frühzeitige Information, um in das Gespräch miteinander zu kommen. Frühzeitige gegenseitige Information ist wesentlicher Bestandteil der bisherigen guten gemeinsamen Arbeit in diesem Ausschuss. In Fortführung dieser guten Arbeit war es ein Anliegen der Verwaltung, die derzeitigen Überlegungen zur Weiterentwicklung bereits so früh dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

KA Schnitzler beantragt, gemeinsam mit den Trägern der Seniorenbegegnungsstätten und weiteren Akteuren – etwa ZWAR – einen Workshop zur Zukunft der Seniorenbegegnungsstätten durchzuführen.

KA Pannes, KA Ernst und KA Kuchler begrüßen den Antrag und schließen sich dem Antrag an.

KA Ernst fragt, ob die Aufteilung bereits fixiert ist und wie gut die Seniorenbegegnungsstätten mit dem aktuellen Verfahren (Verwendungsnachweise) arbeiten können. Sie hinterfragt, wie sinnvoll es ist, jedes Jahr neue Projekte zu initiieren und regt an, die Besucher der Einrichtungen einzubinden. Zudem stellt sie einen sehr hohen Verwaltungsaufwand fest.

KA Kuchler fragt, welche Handlungsoptionen sich daraus ergeben und hält eine Weiterentwicklung für erforderlich.

Herr Esser hält die Richtlinien für einen Zwischenschritt, der in die richtige Richtung zeige, jedoch nicht vollendet sei. Er begrüßt die Steuerung über die Wirkungen. Weiter fragt er, was benötigt wird, um die Zukunftssicherung des demografischen Wandels sicher zu stellen. Hier müssen Dialoge mit allen Beteiligten geführt werden.

KA Tondorf sagt, dass Bedarfe nur erkennbar sind, wenn sie geäußert werden und würde gerne die Wünsche der Seniorenbegegnungsstätten anhören.

KA Hannewald fragt nach den Begründungen, warum die Ziele der Einrichtungen für die Fördergelder nicht erfüllt wurden.

Herr Richter sagt die Beantwortung der Frage zum Protokoll zu.

*Die Zielerreichung war durch einen standardisierten Verwendungsnachweis zu führen. Ein wesentlicher Teil der eingereichten Verwendungsnachweise wurden nur lückenhaft dokumentiert oder durch ungeeignete Belege für die Kriterien ein Nachweis geführt.*

*Hier ist aufzuführen:*

- Nicht unterschriebene Kooperationsvereinbarungen im Entwurfsstadium wurden eingereicht,
- Kooperationsvereinbarungen, aus welchen der Inhalt nicht auf das Projekt passt,
- Bilder, die ohne Kontext nicht nachvollziehbar waren,
- Presseartikel ohne Quellenangabe,
- pure Teilnehmerlisten ohne Angaben, an was teilgenommen wurde,
- für das Projekt nicht relevanter Email-Schriftverkehr,
- lediglich Anfragen zur Teilnahme ohne Umsetzung.

*Auch konnte festgestellt werden, dass abgesprochene förderfähige Kriterien ohne Rückkopplung und Neuabstimmung eigenständig gewechselt wurden. Dies konnte keine Berücksichtigung bei der Bewertung finden.*

Weiter führt Herr Richter aus, dass ein Konsens bei der weiteren Entwicklung der Seniorenbegegnungsstätten vorliegt. Er erläutert, dass ein Beschluss bei einer Kenntnisnahme nicht möglich sei. Im Kreistag hat die Politik die Möglichkeit, die Richtlinien zu ändern. Ein Workshop müsste rechtzeitig vor Beschlussfassung stattfinden, um Änderungen ab 2018 zu bewirken.

KA Schnitzler führt aus, dass nach seiner Meinung eine neue Regelung nicht zwingend für 2018 erforderlich ist. Vielmehr wünscht er sich ein gutes Ergebnis.

Herr Esser fügt hinzu, dass die Umsetzung auch auf den Seiten der Träger genug Vorlaufzeit braucht.

<b>Zu Punkt 7.3:      Programm ALTERnativen 60plus</b> <b>- Entwicklungen in den Handlungsfeldern</b> <b>- Vorlage Nr. 50/003/2017</b>
--

Herr Richter erläutert die Vorlage, die einen guten Überblick über die vielfältigen Handlungsfelder der ALTERnativen 60plus.

KA Stolz bedankt sich. Sie findet es wichtig, dass der Bestand aufgenommen wird und wünscht sich zur Quartiersentwicklung eine Darstellung an konkreten Beispielen.

Herr Richter sichert dies zu.



<b>Zu Punkt 8:</b>	<b>Bericht über die Vereinbarungen mit der freien Wohlfahrtspflege- all-gemeiner Sachstand - Vorlage Nr. 50/005/2017</b>
--------------------	--

Herr Richter erläutert die Vorlage.

Er fügt hinzu, dass die aktualisierte Vereinbarung zwischen dem SKFM Mettmann e.V. und dem Kreis Mettmann unterzeichnet wurde und rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft getreten ist.

Am 02.03.2017 haben die Trägervertreter und das Kreissozialamt in einem abschließenden Gespräch einen Konsens zur Finanzierung der psychosozialen Betreuung erzielen können. Der bereits mit den Trägern erarbeitete Vereinbarungsentwurf wird hinsichtlich der Finanzierung nun noch überarbeitet, danach endabgestimmt und auf den Unterschriftsweg gebracht. Die Vereinbarungen werden rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft treten.

Im Zeitraum zwischen der Drucklegung der Einladung und der Ausschusssitzung wurde der noch ausstehende Vertrag mit dem SKFM Haan im Bereich der Betreuungsvereine abgeschlossen.

Frau Bayan ergänzt, dass der abgestimmte Entwurf mit den Leistungserbringern, die nicht der freien Wohlfahrtspflege angehören, zur Unterschrift vorliegt.

KA Hannewald erkundigt sich, mit wie viel neuen Betreuungen in der Kalkulation gerechnet wurde.

Die Verwaltung beantwortet in der Niederschrift, dass mit 175 neuen Betreuungen kalkuliert wurde. Dies ist der Durchschnittswert der letzten drei Jahre.

<b>Zu Punkt 9.1:</b>	<b>Förderprogramm KOMM-AN NRW - Vorlage Nr. 50/010/2017</b>
----------------------	---

Herr Richter erläutert die Vorlage.

KA Tondorf ist erfreut, dass viele Engagierte an der Begleitung beteiligt sind und fragt, wie die weitere Unterstützung aussieht, wenn das Förderprogramm nicht verlängert wird.

Herr Richter antwortet, man müsse die Wirkungen des Förderprogramms feststellen und evaluieren, welche Folgen eine Beendigung oder weitere Förderung hätte.

<b>Zu Punkt 9.2:</b>	<b>Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW - Ausbau der Kommunalen Integrationszentren - Vorlage Nr. 50/009/2017</b>
----------------------	---

Herr Richter erläutert die Vorlage. Er betont insbesondere, dass aus dem Erlass des Landes hervorgeht, dass seitens des Landes eine dauerhafte Förderung der bisherigen Stellen im Kreisintegrationszentrum erfolgt und weiteres Personal auch unbefristet gefördert wird. Herr Richter weist darauf hin, dass die Entfristung der Stellen und die Stellenaufstockungen im KI besonders wichtig sind für die erfolgreiche und nachhaltige Integrationsarbeit des Kreises.

KA Ernst ist erfreut über die Vorlage. Sie fragt, wie die Förderung für Dolmetscherdienste konkret erfolgen soll.

Frau Çakal-Rasch antwortet, dass der konkrete Mitteleinsatz noch nicht vom Land dargelegt wurde. Ein gesonderter Erlass mit Angaben zur Verwendung der Mittel ist in Kürze zu erwarten. Grundsätzlich sind die Mittel für die Finanzierung von Sprach- und Begleitdiensten angedacht. Der Kreis Mettmann fördert bereits das erfolgreiche Projekt Sprach- und Integrationslotsen des Caritasverbandes für den Kreis Mettmann. Die Landesmittel werden selbstverständlich nach den Vorgaben des Landes eingesetzt.

**Zu Punkt 9.3: Förderaufruf des MFKJKS: Präventives Handeln vor Ort stärken – Kommunales Förderprogramm zur Rechtsextremismus- und Rassismusprävention  
- Vorlage Nr. 50/007/2017**

Herr Richter erläutert die Vorlage. Der Fördergeber hat positiv über die Förderung entschieden. Ein Institut wurde beauftragt; die Steuerung erfolgt durch das Kreisintegrationszentrum.

KA Pannes begrüßt die präventive Arbeit und wünscht sich eine größere Einbeziehung der Politik.

KA Schnitzler fragt, welche Aufgaben das Fachinstitut haben wird und ob Initiativen vor Ort ebenfalls eingebunden werden. Die Regionalkonferenzen hält er für sehr sinnvoll, er erkundigt sich aber nach einem eventuell bereits vorhandenen Konzept der Verwaltung.

Frau Çakal-Rasch antwortet, dass eine Einbindung der Politik vorgesehen ist. Insgesamt sind zehn Regionalkonferenzen, d.h. in jeder ka Stadt, geplant, zu denen die politischen Vertreter als Partner vor Ort eingeladen werden. Ein Fachinstitut konnte nach Rücksprache mit dem Ministerium aufgrund des sehr kurzfristigen Beginns des Projekts und nicht vorhandener Personalkapazitäten im KI beauftragt werden. Die Arbeit des Fachinstitutes erfolge immer in enger Absprache mit dem KI und dem Ministerium und ist im Projektantrag klar definiert. Die Leitung des Projektes obliegt dem KI. So wurde die zeitnahe Umsetzung und ein hohes Mass an Transparenz erreicht.

KA Kuchler fügt hinzu, dass bereits Regionalkonferenzen vom Land angeboten wurden.

**Zu Punkt 9.4: Aktuelle Veranstaltungen und Publikationen des Kreisintegrationszentrums Mettmann  
- Vorlage Nr. 50/008/2017**

Herr Richter stellt die Vorlage vor. Das Jahresprogramm des Kreisintegrationszentrums und die Willkommensbroschüre wurden ausgelegt.

**Zu Punkt 10: Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses  
- Berichtszeitraum 01.01.-31.12.2016  
- Vorlage Nr. 50/006/2017**

Aufbau einer interdisziplinären Seniorenstation – Zuschüsse an das EVK Mettmann:

Herr Richter trägt vor, dass diverse Gespräche unter Beteiligung von Amt 53 stattfanden. Am 15.12.2016 gab es ein finales Treffen, indem jeweils ein Vertreter des Mettmanner Krankenhauses und eines Krefelder Krankenhauses das Projekt „Geronto-psychiatrisches Zentrum in Mettmann“ vorstellten.

Der Kreis Mettmann hat eine Kooperation unterschrieben, dieses Anliegen zu unterstützen, jedoch ohne eigene Finanzmittel aufzubringen.

Die Kosten werden durch die Alexianer (Krefeld) und über den LVR für mindestens drei Jahre getragen.

Nach den drei Jahren soll in einen Regelbetrieb überführt werden, der sich durch das breite Angebotsspektrum selber tragen kann.  
Wichtigster Ansatzpunkt in dem Konzept ist die komplette Betreuung durch zugeordnete Berater. Diese sind kundig über die zu betreuenden Personen und können durch Koordination die besten Hilfs- und Unterstützungsangebote filtern.  
Das Projekt wird durch die Uni Wuppertal mit einem Lehrstuhl wissenschaftlich begleitet.  
Durch die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages unterstützt der Kreis Mettmann die vorgestellte Idee ohne finanzielle Verbindlichkeiten eingegangen zu sein. Die Umsetzung erfolgt in der Verantwortung der handelnden Personen.

<b>Zu Punkt 11:      Nachträge                          - Vorlage Nr.</b>
---

Es liegen keine öffentlichen Nachträge vor.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung:    17:47 Uhr**

gez.  
**Elke Thiele**

gez.  
**Britta Röschmann**